

A stylized map of Cameroon composed of a grid of grey dots. Several dots are highlighted in red, indicating specific regions or points of interest.

# Kamerun – die anglophone Krise

Mehr als nur ein Sprachenstreit

**SUSANNE STOLLREITER UND ALEXANDER VOJVODA**

August 2017

- Seit beinahe acht Monaten sind die anglophonen Gebiete Kameruns in Aufruhr. Ihr Protest wendet sich vordergründig gegen die Marginalisierung der englischen Sprache, Kultur und Gesellschaft durch die frankophon geprägte Kameruner Zentralregierung, ist aber hauptsächlich Ausdruck einer tiefer gehenden Unzufriedenheit mit der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bilanz der autoritären Regierung des Präsidenten Paul Biya, der seit 1982 das Land regiert.
- Die Proteste wurden von den Anwalt\_innen- und Lehrer\_innengewerkschaften initiiert, von der frustrierten Jugend, insbesondere den Student\_innen, weitergetragen und umfassen mittlerweile die deutliche Mehrheit der anglophonen Bevölkerung.
- Die Regierung reagierte zunächst mit Ignoranz sowie anschließend mit massiver, auch gewaltsamer Repression. Gleichzeitig signalisierte sie aber auch Verhandlungsbereitschaft und scheint nun zu hoffen, dass kleinere Zugeständnisse sowie die einsetzende Zermürbung die Proteste beenden werden.
- Tatsächlich erscheint eine nachhaltige und zufriedenstellende Lösung der »anglophonen Frage« aufgrund der verhärteten Positionen der beiden Konfliktparteien zurzeit jedoch ebenso unwahrscheinlich wie soziale Reformen ohne einen Systemwechsel.

Die »anglophone Krise« begann im Oktober 2016 zunächst mit den Streiks der Anwält\_innen- und Lehrer\_innengewerkschaften in den zwei anglophonen Regionen. Diese protestierten gegen die zunehmende Frankophonisierung des Justiz- und Bildungssystems in den anglophonen Gegenden – genauer für die Beendigung der Marginalisierung der englischen Sprache im Bildungs- und Justizwesen sowie für die Rücknahme der Einsetzung von französischsprachigen Lehrer\_innen und Anwält\_innen. Gleichzeitig forderten sie die Respektierung des in der Verfassung festgeschriebenen Bilingualismus sowie der spezifischen Eigenheiten der anglophonen Kultur und deren Repräsentation im öffentlichen Sektor. Dem Protest der Lehrer\_innen- und Anwält\_innengewerkschaften schloss sich schnell die lokale Bevölkerung an – insbesondere die frustrierte Jugend. Sie beklagte zusätzlich die schlechte Infrastruktur sowie die fehlenden Job- und Zukunftsperspektiven und forderte eine generelle Beendigung der anglophonen Marginalisierung.

Als sich die Proteste auch gewaltsam entluden, reagierte die Regierung: Die Demonstrationen wurden mit Tränengas und Wasserwerfern gewaltsam beendet, das Militär wurde in den anglophonen Gebieten zusammengezogen und Massenverhaftungen von Protestierenden und Zivillist\_innen folgten. Einen Höhepunkt der Gewalt stellte der 8. Dezember 2016 in Bamenda dar, wo bis zu vier Personen durch Sicherheitskräfte mit scharfer Munition getötet und Dutzende verwundet wurden. Die anglophone Zivilgesellschaft bildete daraufhin ein zivilgesellschaftliches Konsortium (CACSC – Cameroon Anglophone Civil Society Consortium), geleitet von den Anführer\_innen der Anwalts- und Lehrerstreiks, und trat in den Dialog mit der Regierung ein. Die Verhandlungen wurden jedoch abgebrochen, als neben den ursprünglichen Forderungen auch politische Forderungen wie die Freilassung der Verhafteten, die Wiedereinführung des Föderalismus in Kamerun (Status von 1972) und die weitgehende Eigenständigkeit der anglophonen Regionen aufgestellt wurden.

Nachdem sich die Streiks daraufhin ausweiteten, sich einige Gruppen radikalisierten und die Operation »Ghost Towns« an mehreren Wochentagen das gesamte öffentliche Leben in den anglophonen Gegenden lahmlegte, wurden die Anführer\_innen des Konsortiums am 17. Januar 2017 verhaftet und des Hochverrats und Terrorismus beschuldigt – im Falle eines Schuldspruchs droht

ihnen nach dem 2014 eingeführten »Antiterrorismusgesetz« die Todesstrafe. Gleichzeitig wurde das Internet in den gesamten anglophonen Gebieten abgeschaltet, um die Kommunikation und Koordination unter den Protestierenden über Soziale Medien wie WhatsApp, Facebook, Twitter etc. zu unterbinden.

In der Summe entsprach die Reaktion der Kameruner Regierung auf die anglophonen Proteste derjenigen früherer Aufstände. Neu war jedoch, dass sich der Protest dieses Mal flächendeckend in den anglophonen Gebieten ausweitete und die große Mehrheit der anglophonen Bevölkerung umfasste, was auf eine hohe Frustration bezüglich der kamerunischen Zentralregierung hindeutet. Auch die frankophone Bevölkerung zeigte durchaus Sympathie für einige Forderungen, vor allem was den sozialen Protest gegen die schlechte Infrastruktur und das politische System anbelangte. Sie distanzierte sich aber dennoch mehrheitlich von den Protestierenden, da sie durch radikale Forderungen, wie die Sezession von den frankophonen Gebieten, verschreckt sowie die Vorschläge zur Verbesserung der Bildungs- und Straßeninfrastruktur ausdrücklich nur für die anglophonen Regionen formuliert wurden. Eine ungeschickte Maßnahme der Regierung war unterdessen die Abschaltung des Internets, da diese Beschneidung der Kommunikations- und Freiheitsrechte schnell internationale (#BringBackOurInternet) und prominente Aufmerksamkeit nach sich zog.

Erst Ende April wurde aufgrund massiven internationalen und nationalen Protests das Internet wieder aktiviert. Die grundlegenden sozialen und politischen Probleme sind aber nach wie vor ungelöst und auch das Schicksal vieler Protestierender ist ungeklärt. Inzwischen scheinen sich einige Gruppen mit finanzieller Unterstützung aus dem Ausland (Nigeria, USA) in den anglophonen Gebieten zu radikalisieren und sogar paramilitärische Vereinigungen zu bilden. Der Konflikt droht sich damit weiter zu verfestigen und auch der soziale Protest scheint zuzunehmen. So befinden sich seit einigen Wochen auch die Gewerkschaften der Ärzt\_innen sowie das medizinische Personal einiger Kliniken im Streik. Es ist nicht abzusehen, wie sich diese sozialen Auseinandersetzungen im Jahr der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen entladen werden.

Fakt ist, dass die Regierung derzeit unnachgiebig auf der Einheit Kameruns besteht, wie Präsident Biya in seiner Neujahrsansprache und auch am Nationalfeiertag (20. Mai 2017) bestätigte: »Le Cameroun est un et indivisible«

oder »*L'unité du Cameroun est sacrée*« – eine klare Absage an alle Föderalismusbestrebungen der anglophonen Minderheit und deren Repräsentant\_innen. Ebenso unbeachtet lässt die Regierung die sozialen und politischen Forderungen. Zwar sind einige Entwicklungsmaßnahmen wie der Ausbau der Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Verkehr und Energieversorgung, in ihrem allgemeinen Entwicklungsfahrplan bis 2035 zu finden, warten aber seit Jahren – u. a. aufgrund von Finanzierungsproblemen – auf ihre vollständige Umsetzung.

## Ernüchternde Bilanz der Regierung Biya

Die Bilanz nach 35 Jahren unter der Regierung von Präsident Paul Biya ist ernüchternd. Weit verbreitete Unzufriedenheit existiert vor allem aufgrund des ausbleibenden wirtschaftlichen Aufschwungs. Kamerun verfolgt den ehrgeizigen Plan, bis zum Jahr 2035 »Schwellenland« zu werden, befindet sich derzeit aber auf Platz 176 von 188 Ländern des Human Development Index (2016). Die meisten Arbeitnehmer\_innen in Kamerun sind im informellen Sektor beschäftigt (ca. 80 Prozent). Eine der Ursachen der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung ist die endemisch verbreitete Korruption (Transparency International 2016, Platz 145 von 176) und das damit verbundene schlechte Geschäftsklima (Doing Business 2016, Platz 172 von 189).

Hinzu kommt, dass die Infrastruktur Kameruns darniederliegt: Die Elektrifizierungsrate Kameruns beträgt national 55 Prozent, davon 88 Prozent in Städten und 17 Prozent auf dem Land (US Aid 2015). Das Straßennetzwerk ist in einem miserablen Zustand. Indikatoren dafür sind u. a. die hohe Anzahl von Verkehrstoten mit 27,6 Toten auf 100.000 Menschen (WHO 2013) sowie die überdurchschnittlich langen Reisezeiten Mbouda–Bamenda (49 km in ca. 2 Std.) oder Douala–Yaoundé (229 km, ca. 4 Std.).

Besonders defizitär ist zudem die Gesundheitsversorgung. In urbanen Gebieten kann nur eine Basisversorgung garantiert werden, auf dem Land noch nicht einmal diese. In ganz Kamerun fehlt es zudem an speziellen medizinischen Geräten (z. B. MRT). Die fatale medizinische Lage der Bevölkerung drückt sich auch in der durchschnittlichen Lebenserwartung von 57 Jahren (WHO 2015) sowie der hohen Kinder- und Müttersterblichkeit aus. Die Kindersterblichkeitsrate beträgt für Kin-

der unter fünf Jahren 95 von 1.000 (WHO 2012) und ist die zweithöchste weltweit. Die Müttersterblichkeitsrate beträgt bei der Geburt 782 von 100.000 (WHO 2011). Besonders schockierend ist der deutliche Anstieg der Müttersterblichkeit seit den 1990er-Jahren. Dies lässt nicht nur auf den desolaten Zustand der Gesundheitsversorgung in Kamerun schließen, sondern birgt auch erhebliches gesellschaftliches Konfliktpotenzial, wie 2016 an den Fällen der verstorbenen Monique Koumate und Helen Ngo Kana deutlich wurde.

Im Bildungswesen ist die Bilanz ebenfalls nicht überzeugend. Zwar beträgt die Beschulungsrate nach Angaben von UNICEF 93,5 Prozent, aber nur 71,3 Prozent der Kameruner\_innen können lesen und schreiben. Weitere Missstände prangert die anglophone Lehrerschaft CATTU (Cameroon Teachers' Trade Union) in einer Studie aus dem Jahr 2015 an. Sie bemängelt u. a. die hohe Schulabbruchsrate von Mädchen, zu hohe Schüler\_innenzahlen (meist um die 100 pro Lehrer\_in), fehlendes und mangelhaftes didaktisches Material sowie eine schlechte Schulinfrastruktur (keine oder sehr schlecht in Stand gehaltene Gebäude). Zudem motivieren die mit ca. 150 Euro pro Monat sehr geringen Gehälter der Lehrer\_innen nicht gerade für den Beruf, öffnen der Korruption Tür und Tor und ziehen eine hohe Streikbereitschaft nach sich, die schließlich zum Auslöser der anglophonen Krise wurde.

Im Fragile State Index 2017 (Mai 2017) belegt Kamerun den 152. Platz (von 178) und sackte damit seit 2006 um zehn Plätze ab. Angelastet wird die schlechte Gesamtsituation Kameruns zu großen Teilen dem 84-jährigen Präsidenten Paul Biya, der seit 1982 an der Macht ist. Eine politische Veränderung ist nicht absehbar, solange er diese nicht freiwillig abgibt. Dafür sorgt sowohl die Festlegung der unbegrenzten Wiederwahlmöglichkeit als auch die direkte und indirekte Ausgestaltung der Wahlen. So verringert beispielsweise geschicktes *Gerrymandering* die Chancen der Opposition in vielen Regionen und vereitelt einen Machtwechsel durch Wahlen. Doch auch die Opposition ist für viele eine Enttäuschung. Die größte Oppositionspartei SDF (Social Democratic Front) wird seit ihrer Gründung im Jahr 1990 von Ni John Fru Ndi geführt und musste aufgrund interner Querelen zahlreiche Abspaltungen verkraften. Die Bevölkerung reagiert auf diese Verhältnisse mit einem weitgehend apolitischen Verhalten, das sich auch in der niedrigen Wahlregistrierung und -beteiligung niederschlägt.

Der bedrückende politische, wirtschaftliche und soziale Zustand Kameruns erzeugt vor allem bei vielen Jugendlichen ein Gefühl der Perspektivlosigkeit. Viele junge Menschen sind arbeitslos und gleichzeitig aufgrund kultureller Traditionen sowie einer strikten Umsetzung des Prinzips der Gerontokratie von der politischen oder gesellschaftlichen Partizipation ausgeschlossen. So ist es nicht erstaunlich, dass sich ausgerechnet so viele Jugendliche an den Streiks und Aufständen in den anglophonen Gegenden beteiligen und sich über das Internet und die sozialen Medien organisieren und radikalieren. Der Frust der Jugend stellt neben der desolaten Gesundheitsversorgung ein Pulverfass für Kamerun dar, das durch den kleinsten Anlass explodieren könnte.

## Opposition geeint – Regierungspartei gespalten?

Erstaunlich ist, dass die Opposition in Kamerun trotz der weitreichenden sozialen und politischen Forderungen aus dem Protest in den anglophonen Gebieten nicht wirklich Profit schlagen konnte. Die nordwestliche, englischsprachige Region Kameruns ist eigentlich die Hochburg der sozialdemokratischen Oppositionspartei SDF, die sogar mit 18 Abgeordneten im Parlament vertreten ist. Gründe dafür sind zum einen ein weit verbreitetes Grundmissstrauen der Bevölkerung gegenüber allem »Politischem«, zum anderen besteht auch eine große Distanz zwischen den Gewerkschaften und der Politik. Hinsichtlich der SDF kommt zudem die Tatsache hinzu, dass diese Partei von weiten Teilen der Bevölkerung als »*part of the game*« angesehen und ihr Präsident John Fru Ndi aufgrund seines fortgeschrittenen Alters nicht mehr als Führer einer jungen Protestbewegung akzeptiert wird.

Weitere Oppositionsparteien (MRC, AFP, UNDP, UPC, CPP, Manidem)<sup>1</sup>, zivilgesellschaftliche Gruppen und frankophone Lehrer\_innengewerkschaften wie SNAES äußerten sich wiederholt zur Krise. Sie zeigten Sympathie für die Forderungen der Anglophonen, machten aber gleichfalls deutlich, dass sie Gewalt und Sezessionsforderungen ablehnen. Vielmehr wurde von allen die gemeinsame Suche nach einer Lösung hinsichtlich einer neuen

Staatsform betont, welche den einzelnen sprachlichen und kulturellen Besonderheiten in den zehn Regionen mehr entgegenkäme. Auch die von den Streikenden angesprochenen sozioökonomischen Probleme betreffen alle Kameruner\_innen und müssten gemeinsam bearbeitet werden, so der einheitliche Tenor von Opposition und Zivilgesellschaft.

Die Kirchen reagierten ebenfalls auf die angespannte Lage in den anglophonen Gebieten. Die evangelischen Gemeinden, wie z. B. die Cameroon Baptist Convention, riefen zu einem Ende der Konfrontation und Streiks sowie zu einer friedlichen Lösung auf. Die katholische Kirche, vor allem repräsentiert durch den national bekannten Kardinal Christian Tumi, bezog hingegen eindeutig Stellung für die anglophonen Forderungen nach mehr Föderalismus. Die internationale Gemeinschaft inner- und außerhalb Kameruns versteht sich eher als Beobachter der Vorgänge.

Präsident Paul Biya, Premierminister Philémon Yang und Kommunikationsminister Issa Tchiroma Bakary zeigen sich als die zentralen Autoritäten des Kameruner Staates jedoch unnachgiebig. Mit dieser Haltung stellt sich die Regierung allerdings nicht nur gegen weite Teile der Bevölkerung, sondern auch gegen einige Gruppen ihrer eigenen Partei. So forderte zum Beispiel Mitte Februar 2017 eine Gruppe von Parlamentarier\_innen der RDPC um den ehemaligen Premierminister Simon Achidi Achu die Freilassung der Gefangenen und rief zur Beschleunigung bei der Umsetzung der Dezentralisierung auf. Auch der Geburtstag der Partei sowie der Nationalfeiertag wurden angesichts der Mottos nur mit sehr verhaltener Begeisterung und öffentlicher Anteilnahme begangen. Beobachter\_innen sprechen davon, dass sich die Anzahl der am Nationalfeiertag beteiligten Organisationen und Personen deutlich reduziert habe und mancherorts erst gar keine Feierlichkeiten abgehalten worden seien.

Die Mitglieder der Anwäl\_tinnen- und Lehrer\_innengewerkschaften, die an den ursprünglichen Demonstrationen beteiligt waren, haben ihre Arbeit bis heute nicht wieder aufgenommen. Zwar haben sie nach der Verhaftung ihrer Anführer\_innen an unmittelbarem Einfluss verloren, dies spielt jedoch kaum mehr eine Rolle, da der Protest nun von der Mehrheit der anglophonen Bevölkerung und der Sympathie des Rests der kamerunischen Bürger\_innen getragen wird. Damit ergibt sich eine nicht einfache zu lösende Pattsituation.

1. Oppositionsparteien: MRC – Le Mouvement pour la Renaissance du Cameroun; AFP – Alliance des Forces Progressistes; UNDP – Union Nationale pour la Démocratie et le Progrès; UPC – Union des Populations du Cameroun; CPP – Cameroon People's Party.

In der Summe kann konstatiert werden, dass es bei der gesamten anglophonen Frage in Kamerun derzeit weder eine eindeutige Zweiteilung in anglo- und frankophone Konfliktparteien noch klare Forderungen einer homogenen Gruppe gibt. Es wäre also zu kurz gegriffen, den Konflikt als eine Auseinandersetzung zwischen zwei Sprachgruppen auszulegen. Vielmehr geht es bei dem Konflikt um grundlegende soziale und wirtschaftliche sowie politische Reformen. »Die Anglophonen sind nur ein wenig mutiger als wir«, bilanzierte vor Kurzem ein bekannter frankophoner Gewerkschaftsführer und führte damit auch einen weiteren Grund an, weshalb der soziale Protest bislang lediglich in den beiden anglophonen Sprachregionen stattfindet.

### Szenarien: Vom Bürgerkrieg zur Staatenkonföderation

Die steigende Fragmentierung der Gesellschaft, die schlechte Grundversorgung, die gewalttätigen Konflikte in den Nachbarstaaten sowie der Konflikt mit Boko Haram im Norden Kameruns setzen Präsident Paul Biya unter Druck. Die anglophone Krise ist daher »nur« ein weiterer Punkt auf der langen Liste der Probleme des kameruner Staates. Ein kontinuierliches Auseinanderdriften der unterschiedlichen Bevölkerungsteile ist ein zu befürchtendes Szenario. Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass der Protest der anglophonen Bevölkerung auch mit Waffen ausgetragen werden könnte: So kursieren beispielsweise in sozialen Medien Beweise für Waffenlieferungen an anglophone Sezessionsbefürworter\_innen. Die Regierung selbst betonte, dass sie sich von den Streikenden nicht in Geiselhaft nehmen lassen werde, und antwortet mit Militärpräsenz und willkürlichen Verhaftungen. Eine Verschärfung des Konflikts ist daher durchaus absehbar.

Ein zweites Szenario wäre, dass die anglophone Bevölkerung angesichts der massiven Repressionen und ihrer prekären Lage durch den Generalstreik aufgibt. Anhaltspunkte dafür sind, dass Teile der Bevölkerung zunehmend genervt auf den anhaltenden Schulausfall reagieren, der zu einer Wiederholung des Schuljahres führen wird (*année blanche*), was für die Eltern erhebliche Kosten bedeutet. Auch die wirtschaftlichen Verluste des Internet-Blackouts waren enorm. Die NGO Internet sans frontières spricht von 310 Millionen FCFA Verlust pro Tag. Eine mittelfristige Folge dieses Szenarios wäre, dass die Kombination von ökonomischer Prekarisierung

und Perspektivlosigkeit weitere Proteste großer Bevölkerungsteile begünstigt. Vor allem die Frustration der Jugendlichen und die Unklarheit, ob und wann die Schulen und Universitäten in den anglophonen Gebieten wieder beginnen, birgt großes Radikalisierungspotenzial für die nächsten Jahre.

Am wahrscheinlichsten erscheint derzeit der Fall, dass die Regierung in bestimmten Punkten einlenkt und symbolische Zugeständnisse an die Anglophonen macht, mit denen sich die Bevölkerungsmehrheit zufriedengibt. Nach einem Gespräch mit Papst Franziskus Ende März erließ Präsident Biya weitreichende Bestimmungen zur Aufwertung des *Common Law*. Damit wurden im Wesentlichen die Forderungen der streikenden Anwälte\_innen umgesetzt. Sollten auch für die Lehrer\_innen ähnliche Zugeständnisse gemacht werden, könnte die unmittelbare Krise vorläufig beendet sein. Ungeklärt wären jedoch weiterhin die politischen und sozioökonomischen Forderungen (Freilassung der Inhaftierten, Föderalismus). Es ist unwahrscheinlich, dass es hierfür Zugeständnisse von Regierungsseite geben wird, da die Regierung sonst mit einem Gesichtsverlust rechnen muss.

Der große Wurf ist daher eher auszuschließen. Eine Diskussion oder gar ein nationaler Dialog über die Staatsform Kameruns scheint derzeit unwahrscheinlich. Alle zentralen Regierungsmitglieder beharren vehement auf der Einheit Kameruns. Eine Diskussion über die derzeitige kameruner Verfassung und damit auch über die Einführung des Föderalismus wird ebenfalls abgelehnt. Auch auf moderatere Forderungen, etwa nach der Umsetzung der seit 1996 versprochenen Dezentralisierung, geht die Regierung nicht ein. Dabei wäre dies eine Lösung, die mehrheitlich befürwortet wird. Eine effektive Dezentralisierung würde auch von den Frankophonen unterstützt werden, um die sozioökonomischen Probleme dezentral besser lösen zu können.

Die Ereignisse in den anglophonen Gebieten werfen einen langen Schatten auf die Präsidentschaftswahlen 2018, zu denen Paul Biya erneut antreten wird. Es ist anzunehmen, dass die sozioökonomischen Probleme im Allgemeinen und die »anglophone Frage« im Speziellen ein Thema im Wahlkampf sein werden, sodass auch dann mit Protesten zu rechnen ist. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung sich auf einen Dialog in Wahlkampfzeiten einlässt oder auf altbewährte Repressionsmethoden zurückgreift.



## Über die Autor\_innen

**Susanne Stollreiter** ist seit 2014 Büroleiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kamerun mit Verantwortung für Kamerun und die Zentralafrikanische Region.

**Alexander Vojvoda** ist seit 2014 für den Zivilen Friedensdienst in den anglophonen Gebieten Kameruns zum Aufbau eines Netzwerkes von Community-Medien für konflikt-sensitiven Journalismus sowie Community Development tätig.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika  
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Manfred Öhm, Leiter des Referats Afrika

Tel.: +49-30-269-35-7471 | Fax: +49-30-269-35-9217  
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:  
[Ann-Kathrin.Schwenkler@fes.de](mailto:Ann-Kathrin.Schwenkler@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

